

# Sächsische Staatszeitung

Staatsanzeiger für



den Freistaat Sachsen

Erstausgabe nachmittags mit dem Datum des Erscheinungstages.  
Bezugspreis: Monatlich 3 RM. Einzelne Nummern 15 Pf.  
Schriftleitung: u. Geschäftsstelle Dresden-R. 1, Gr. Zingststr. 16. Ruf 14574 u. 21 206.  
Postfach-Ronto Dresden 2486 / Staatsbank-Ronto 674.

Anzeigenpreise: 32 mm breite, 8 mm hohe Grundzeile oder deren Raum 85 Pf.,  
66 mm breit im amtlichen Teile 70 Pf., Restzeile 1 RM.  
Ermäßigung auf Geschäftsanzeigen, Familiennachrichten und Stellengesuche.  
Schluß der Annahme vormittags 10 Uhr.

Zeitweise Nebenblätter: Landtag-Berichte, Ziehungsliste der Staatsschuldenverwaltung, Holzplanzen-Verkaufsliste der Staatsschuldenverwaltung.

Verantwortlich für die Schriftleitung: Oberregierungsrat Hans Bloß in Dresden.

Nr. 10

Dresden, Mittwoch, 13. Januar

1932

## Der Reichspräsident bittet von einer weiteren Verfolgung des Weges einer parlamentarischen Lösung der Frage seiner Wiederwahl abzusehen.

Berlin, 12. Januar.

Der Reichspräsident empfing heute nachmittags den Reichskanzler Dr. Brüning zum Vortrag. Der Reichskanzler berichtete dem Reichspräsidenten über seine Fühlungnahme wegen der Möglichkeit einer parlamentarischen Verlängerung der Amtszeit des Reichspräsidenten durch den Reichstag. Auf Grund dieses Vortrages hat der Reichspräsident den Reichskanzler, von einer weiteren Verfolgung des Weges einer parlamentarischen Lösung der Frage Abstand zu nehmen.

### Die Vorbereitung der Volkswahl.

Berlin, 12. Januar.

Nachdem die Bemühungen des Reichskanzlers um die Verlängerung der Amtszeit des Reichspräsidenten zum Abschluß gekommen sind, beschäftigt man sich in politischen Kreisen stark mit der Frage der weiteren Entwicklung. Niemand bezieht eigentlich ein Urteil darüber, daß jetzt der Weg zu der Volkswahl auf breiter Basis frei ist. Es ist als das Verdienst des Reichskanzlers anzusehen, daß er durch seine Bemühungen die Klärung der ganzen Frage vorbereitet hat.

Für die Einleitung der Volkswahl gibt es nach Ansicht politischer Kreise zwei Möglichkeiten: 1. eine Initiative der Partei-Führer. In dieser Richtung sind auch bereits Bemühungen im Gange, und zwar hat sich unseres Wissens Graf Westarp mit den Führern der anderen Gruppen der gemäßigten Rechten und der Mitte in Verbindung gesetzt, um entsprechende Schritte einzuleiten. Dabei ist es selbstverständlich, daß die ganze Frage jetzt mit dem größten Eifer behandelt werden muß, um in geeigneter Form vorwärtsgebracht zu werden. Als eine der ersten Voraussetzungen für das Gelingen betrachtet man es deshalb auch, daß die Bemühungen von vornherein auf eine möglichst breite Grundlage gestellt werden, das heißt daß der Bloß, der die Kandidatur des Reichspräsidenten für die Volkswahl vor schlägt, so weit wie möglich von rechts bis links reicht.

Ein zweiter Gehauke, den man heute abend erörtert, geht in der Richtung, daß die Wieder-aufstellung Hindenburgs durch ein Erreum führender Persönlichkeiten des deutschen Volkes behandelt wird, die nicht in erster Linie und ausschließlich Politiker sind. Es kämen also die Spitzen der Wissenschaft, der Wirtschaft, der verschiedenen Berufsstände usw. in Frage, um den Charakter der Volkswahl und des Eintretens ohne Unterschied der Parteien und der Stände besonders deutlich zu dokumentieren. In unterrichteten Kreisen rechnet man darauf, daß der Reichspräsident sich einem solchen Ruf nicht entziehen würde. Es ist aber nicht anzunehmen, daß die Entwicklung sich überstürzt vollzieht.

### Die Antwort Hitlers.

Berlin, 12. Januar.

Die Wolffs Büro erzählt, hat Adolf Hitler seine Antwort auf die Frage wegen der Verlängerung der Amtszeit des Reichspräsidenten in Form einer längeren Denkschrift dem Reichspräsidenten direkt, nicht aber der Reichskanzlei überreicht. Es enthält eine ausführliche Darlegung der juristischen Bedenken, die nach nationalsozialistischer Auffassung einer Lösung auf parlamentarischem Wege von der verfassungsmäßigen Seite her entgegenstehen. Ein glattes Nein enthält die Antwort wohl nicht. Vor allem glaubt man in politischen Kreisen ihr aber entnehmen zu dürfen, daß auch die Nationalsozialisten sich kaum einer Volkswahl auf breiter Basis entgegenstellen würden. Das läßt sich vielleicht schon daraus erkennen, daß Hitler seine Auffassung dem Reichspräsidenten direkt überreicht und die Volkswahl offen gelassen hat.

### Hitlers Brief an den Reichskanzler.

Berlin, 12. Januar.

Der Führer der Nationalsozialistischen Partei, Adolf Hitler, hat heute folgendes Schreiben an Reichskanzler Dr. Brüning gerichtet:

Sehr geehrter Herr Reichskanzler!  
Am 6. Januar 1932 teilte mir Reichsinnenminister General Brüning mit, es bestünde die Absicht, die Verfassungskommission des Reichspräsidenten auf parlamentarischem Wege zu ver-

längern bzw. dem Reichspräsidenten durch eine Zweidrittelmehrheit des Reichstages neu wählen zu lassen. Reichsinnenminister Brüning hat mich um Stellungnahme der Partei zu diesem Vorhaben.

Ich beehre mich, Ihnen, sehr geehrter Herr Reichskanzler, mitzuteilen, daß die NSDAP bei aller Verehrung für die Person des Herrn Reichspräsidenten nicht in der Lage ist, diesen Vorschlag zu unterstützen. Ich lehne daher namens der nationalsozialistischen Bewegung unsere Zustimmung ab.

Die verfassungsmäßigen, außen- und innenpolitischen sowie moralischen Gründe, die uns zu dieser Stellungnahme bewegen, werde ich Ihnen, sehr geehrter Herr Reichskanzler, in einer eingehenden Darlegung angeben zu können.

Wit der Verankerung vorzüglicher Hochachtung bin ich sehr geehrter Herr Reichskanzler, Ihr sehr ergebener  
Adolf Hitler.

Der „Sächsische Beobachter“ äußert sich zu der Ablehnung des Vorschlages des Reichskanzlers, eine Verlängerung der Amtszeit des Reichspräsidenten durch den Reichstag herbeizuführen zu lassen. Er sagt u. a., die überraschende Heranziehung der Person des Feldmarschalls v. Hindenburg in die innerpolitische Atmosphäre habe einen ungünstigen Eindruck gemacht. Mit gutem Grunde hätte sich das Blatt während der Verhandlungen absolut zurückgehalten, und es tue das auch heute noch. Lediglich derjenigen Presse gegenüber, die die Verantwortung für den Mißerfolg der Aktion von den Urhebern dieser Aktion selber zu tragen sei. Deren Sache sei es, die Aktion zu verantworten und die Konsequenz aus ihrer Niederlage zu ziehen.

### Die Bayerische Volkspartei zur Präsidentenwahl.

Berlin, 12. Januar.

Die Reichstagsfraktion der Bayerischen Volkspartei nahm am Dienstag einen ausführlichen Bericht ihres Vorsitzenden über die außen- und innenpolitische Lage entgegen, an den sich eine mehrstündige Aussprache schloß. Dabei stellte die Fraktion mit Genugtuung fest, daß die Stimmen der Wähler der Bayerischen Volkspartei vor sieben Jahren den Ausschlag für die Wahl Hindenburgs zum Reichspräsidenten gegeben hätten. Um so lebhafter sei es zu bedauern, so heißt es in der parteiinternen Mitteilung, daß der Versuch der Reichsregierung, durch verfassungsänderndes Gesetz eine Verlängerung der Amtsdauer des Reichspräsidenten herbeizuführen, durch den Widerspruch der Deutschnationalen und Nationalsozialisten gescheitert sei. Das sei gerade angesichts der bevorstehenden außerwichtigen außenpolitischen Verhandlungen unbegreiflich.

### Die Kommunistische Partei und die Reichspräsidentenwahl.

Berlin, 12. Januar.

Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei hat beschloffen, bei den Reichspräsidentenwahlen in jedem Falle als eigenen Kandidaten den Vorsitzenden der Partei, Ernst Thälmann, aufzustellen. Begründet wird dieser Entschluß damit, daß die Partei die Verfassungskommission nicht als parlamentarische, sondern als außerparlamentarische Aufgabe und als einen Bestandteil des in ihrem Programm festgelegten Klassenkampfes ansehe.

## Ein neuer Notruf der Grünen Front.

Berlin, 12. Januar.

Die Grüne Front veröffentlicht einen mit den Unterchriften Brandes, Graf Kaldtruch, Herms, Jehr versehenen Notruf, in dem es u. a. heißt: Die ungeheure Not des Bauernstandes ist zu einer ersten Gefahr für unser Land geworden. Ohne Unterbrechung geht der Preissturz für Vieh, Vollerzeugungnisse und die anderen Erzeugnisse des Bauern weiter. Nach den neuesten Feststellungen des Institutes für Konjunkturforschung betragen die Verkaufserlöse der deutschen Landwirtschaft aus Getreide, Kartoffeln, Vieh, Vollerzeugungnissen, Wern, Jader, Weizenmehl und Tabak im Jahre 1930/31 8 Milliarden RM. gegen 9 Milliarden RM. im Jahre 1929/30 und werden nach den gegenwärtigen Stände der Produktionsbedingungen und der Preise für 1931/32 kaum mit mehr als 6,6 Milliarden RM. zu veranschlagen sein. Das bedeutet in den letzten beiden Jahren einen Rückgang um 26%, Prosz. Jede Maßnahme, die, wie der Vollerzeugungsschutz, eine Rempause für die Landwirtschaft darstellen soll, verliert ihren Sinn und Zweck, wenn nicht gleichzeitig entschlossen die Grundlagen für die Rentabilität der deutschen Landwirtschaft wiederhergestellt werden. Hieran aber fehlt es. Die Rentabilität der Landwirtschaft kann unter der gegenwärtigen Umständen keineswegs allein durch Produktionskostenreduzierung erreicht werden, sondern bedarf vor allem auch einer nachdrücklichen Stützung von der Preisseite her. Von der Reichsregierung muß gefordert werden, daß sie endlich dem deutschen Bauern sein Recht zuteil werden läßt, indem sie ihn mit allen anwendbaren Mitteln vor der verhängnisvollen Überwemmung des deutschen Marktes mit ausländischen Erzeugnissen schütze, wie das die Regierungen

anderer Länder als ihre selbstverständliche Pflicht ansehen. Die Unterbindung jeglicher einseitiger Einfuhr von Nahrungs- und Genussmitteln und von Holz ist zudem zur Verteidigung unserer bereits fast zusammengeschmolzenen Währungsreserven unerlässlich. Es müssen auch alle Maßnahmen des Kommissars für Preisüberwachung sich hinsichtlich der Lebensmittelpreise auf die Herabminderung der Handels- und Bearbeitungspreise beschränken und dürfen nicht dazu führen, daß ein weiterer Druck auf die Preise ausgeübt wird, die der landwirtschaftliche Erzeuger erhält. Die Notverordnung vom 9. Dezember v. J. schafft trotz anerkannter Einzelmaßnahmen keine durchgreifende Hilfe. Ja sie verschärft sogar in gewisser Beziehung noch die ungünstige Lage der Landwirtschaft, insbesondere der bäuerlichen Wirtschaft. So stellt sich die Umsatzsteuererhöhung als eine abermalige Beeinträchtigung der Ertragsproduktion dar, die eine Entlastung gerade am dringlichsten braucht. Die durch die Notverordnung angeordnete Zinsenkung wird ohne nennenswerte Wirkung für die gesamte deutsche Wirtschaft bleiben, wenn nicht die entscheidende Stelle, nämlich die Reichsbank, endlich eine wesentliche Herabsetzung des Reichsbankdiskonts vornimmt. An Stelle immer wiederholter Versicherungen verlangen die deutschen Bauern endlich entschlossene Taten. Um diesem Verlangen den erforderlichen Nachdruck zu geben, richten wir an unsere Verfassungskommission im Lande den Appell, in dem immer enger werdenden Kampf um ihre Existenz die höchste Geschlossenheit und Einigkeit zu bewahren. Wir empfehlen in allen Bundesstellen einheitliche Vorbereitungen und Durchführung der aus der jeweiligen Sachlage notwendig werdenden Maßnahmen zur Erhaltung des deutschen Bauernstandes und zur Sicherung der Volksernährung.

### Das Echo der Reichskanzlererklärung.

Berlin, 12. Januar.

Angesichts der Tatsache, daß in der französischen Presse die Erörterungen zu der Erklärung des Reichskanzlers über die deutsche Zahlungsunfähigkeit unter völlig falschen Voraussetzungen geführt werden, wird von unernüchter Seite erneut betont, daß die Erklärung des Kanzlers in keiner Weise als eine eindeutige Aufkündigung der Verträge im Sinne der seinerzeit in den Haager Verhandlungen erzwungenen Zerteilung des Youngplans aufzufassen ist. Die Äußerungen des Reichskanzlers hatten lediglich den Zweck, die Weltöffentlichkeit über den Standpunkt zu unterrichten, den Deutschland bei den Verhandlungen in Lausanne einnehmen wird, ebenso wie auch der französische Ministerpräsident den Standpunkt Frankreichs vor der Welt darzulegen hat.

In einem Teil der französischen Presse wird versucht, den Baseler Bericht in unzulässiger Weise auszudeuten. Wenn beispielsweise der „Matin“ bei Besprechung der Moratoriumfrage sagt, die französische Forderung eines einjährigen Moratoriums läge sich auf das Baseler Gutachten, so bezieht sich diese Behauptung auch nicht der geringste schätzbare Grund. Im Gegenteil lehnt das Baseler Gutachten es ausdrücklich ab, den Zeitpunkt zu bestimmen, an dem die Weltwirtschaftskrise überwunden sein wird.

### Investigation?

Ein Artikel des Oberpräsidenten Koße.

Berlin, 12. Januar.

Unter der Überschrift „Investigation?“ nimmt heute Oberpräsident Koße in der „EZ am Mittag“ zu der von einem französischen holländischen Journalisten in Genf fälschlich verbreiteten Meldung Stellung, daß in französischen Kreisen die Absicht bestehe, auf der kommenden Abrüstungskonferenz den Antrag auf Untersuchung des tatsächlichen Standes der deutschen Währungsfragen vorzulegen.

Eine solche Investigation, führt Oberpräsident Koße u. a. aus, wäre der Ausdruck von Wahnsinn mit tödlicher Wirkung. Tödlich in erster Reihe für den Völkerverbund, der noch gar nicht recht zum Leben gelangt sei. Unter Hinweis darauf, daß Frankreich, Polen, die Tschechoslowakei und andere Staaten

der deutschen militärischen Macht gewaltig an Währungsfragen zu Lande, zu Wasser und in der Luft überlegen sind, stellt Koße fest:

„Aber die deutschen Währungsfragen gibt es keine Herabsetzungen mehr zu treffen.“ Deutschland habe nicht einmal das militärisch ausgenutzt, was ihm nach dem Versailleser Diktat zu tun möglich war. Es sollte innerhalb des deutschen Volkes keinen Streit darüber geben, daß auszuwählen sei, was Deutschland nach Versailles an Währungsmöglichkeiten blieb, solange die Abrüstung der Nachbarn nicht erfolge.

Eine Untersuchung des deutschen Währungsstandes auf Grund eines Beschlusses des Völkerverbundes werde nicht erfolgen. Die französische Regierung habe bereits erklärt, daß sie nicht beabsichtige, einen solchen Antrag zu stellen. „Trotz des Artikels 213 des Versailleser Diktats“, erklärt Oberpräsident Koße, „würde ein derartiger Beschluß auch in Zukunft nicht ausführbar sein, es sei denn daß der Völkerverbund die militärische Besetzung Deutschlands beschließt. Denn mit Zustimmung einer deutschen Regierung, ganz gleich, wie sie zusammengesetzt wäre, käme eine fremde militärische Untersuchungskommission nicht einmal auf deutschen Boden.“ Mit Recht erschlagen wie ein räuberischer Hund würde der deutsche Staatsmann, der sich mit einer neuen Untersuchung der deutschen Währungsfragen abfinden wollte. Es gebe nichts zu untersuchen.

Der Artikel schließt: „Wer von der Untersuchung des tatsächlichen Standes der deutschen Währungsfragen spricht, . . . will die Feststellung vor aller Welt verhehlen, daß die Siegerstaaten bisher ihre im Versailleser Vertrag und im Artikel 8 der Völkerverbundfassung übernommene Verpflichtung zur eigenen Abrüstung nicht gehalten haben.“

### Keine vorzeitige Einberufung des Reichstags.

Berlin, 12. Januar.

Der Auktentat des Reichstages hatte sich heute wiederum mit einem kommunistischen Antrag auf vorzeitige Einberufung des Reichstags zu beschäftigen. Von deutscher nationaler Seite wurde der Zusammentritt des Reichstags gleichfalls verlangt zu dem Zwecke, die außenpolitischen und Reparationsfragen zu beraten. Beide Anträge wurden jedoch gegen die 229 Stimmen der Nationalsozialisten, der

Deutschnationalen und der Kommunisten abgelehnt.

In der Kautzfrage hat das deutsche Landvolk zwar für den deutschnationalen Antrag ein, machte aber zur Bedingung, daß alle Parteien sich vorher verpflichteten, dafür zu sorgen, daß die Reichsregierung nur zu einer gemeinsamen außenpolitischen Kundgebung benutzt würde.

Staatssekretär Brüder hatte, wie das Nachrichtenbüro des BZB. erzählt, vor der Entscheidung über die kommunistischen und deutschnationalen Anträge noch einmal die Stellungnahme der Reichsregierung dahin präzisiert, daß der Zusammentritt des Reichstags nicht vor dem vom Parlament selbst in Aussicht genommenen 23. Februar erfolgen solle.

Die Festsetzung des Reichsstrafwagen-tarifes.

Der lebensfähige Beirat zur Beratung des Reichsverkehrsministeriums bei der Festsetzung des Reichsstrafwagentarifes sah heute folgenden Beschluß:

Der Beirat schlägt dem Reichsverkehrsminister vor, drei Tarifklassen zu bilden, die in ihrer Höhe den Tarifklassen A bis C des Eisenbahngütertarifes entsprechen.

Eine scharfe Kontrolle der Kraftwagentransporte auf die Jambhaltung des Reichsstrafwagentarifes wurde allerseits dringend gefordert.

Reichsverkehrsminister Treviranus über die Reform des Kraftfahrzeugwesens.

Auf einem Vortragabend der Vereinigung Kraftfahrender Journalisten machte Reichsverkehrsminister Treviranus interessante Mitteilungen über die in Vorbereitung befindliche Reform des Kraftfahrzeugwesens, die schon durch die ungetreue Zunahme der Zahl der Kraftfahrzeuge notwendig geworden sei.

Auch die Kraftfahrzeugverordnung werde demnächst durch eine Novelle geändert werden. Nur bei wirksamer Gefährdung anderer Wegebenutzer werde das Fahren noch statthaft sein.

Die Demission des Kabinetts Laval.

Paris, 12. Januar.

Der Präsident der Republik, Doumer, hat heute abend um 10 Uhr dem Kabinettspräsidenten Laval und sämtlichen Mitgliedern des Kabinetts empfangen, die ihm ihre Demission überreichten.

Der Präsident der Republik wird morgen Vormittag um 9.30 Uhr seine Besprechungen zur Behebung der Ministerkrise beginnen.

Die Ablehnung des Angebots Labals durch die Radikalen.

Paris, 13. Januar.

Nach einer Unterredung, in der Herriot die ablehnende Haltung der Radikalen gegenüber dem Angebot eines Eintritts in das Kabinetts Labal dem Kabinettspräsidenten mitteilte, erklärte Herriot, die radikale Fraktion habe sich an die Geschäfte ihrer früheren Parteitage halten müssen.

Ministerpräsident Labal seinerseits erklärte, er bebaute, daß die Gründe, die Herriot im Namen der Radikalen angeführt habe, es ihnen nicht erlaube, sein Angebot anzunehmen.

bisher behältlich eingeschritten werden. Der Betreffende in Embassaden und an Kreuzungen mit Schildern wurde reichsweitlich geregelt werden.

Gebühren für Kraftfahrzeugführer.

Berlin, 13. Januar.

Im Rahmen der allgemeinen Verkehrsreform hat der Reichsverkehrsminister die den amtlich anerkannten Kraftfahrzeugführern zuzehörenden Gebühren für die Prüfung von Kraftfahrzeugen, Kraftfahrzeugführern, Fahrlehrern, Zehrwagen und Zehrmitteln festgelegt.

Die Bekanntmachung wird voraussichtlich am Freitag, den 15. Januar, im Reichsministerialblatt erscheinen.

Wiederbeginn der Arbeiten des Straftransportstrafes.

Berlin, 12. Januar.

Nach mehrmonatiger Pause trat heute der Strafrechtsausschuß des Reichstages wieder zusammen. Der Ausschuß hat zunächst die bei den früheren Beratungen zurückgestellten Paragraphen des Strafrechtsentwurfs zu erledigen.

Aus der Morgenpresse geht nicht hervor, warum das Kabinetts Laval zurückgetreten ist. Die Frage, ob unter diesen Umständen eine Konzentration mit Einschluß der Radikalen gebildet werden soll, findet keine klare Antwort.

„Matin“ erklärt, gewisse radikale Führer hätten zum Ausdruck gebracht, daß sie in eine Konzentrationregierung nur eintritten könnten, wenn diese nicht als eine reine Fortsetzung der gegenwärtigen Regierung erscheine.

Die Herriot nachsichende „Les Nouvelles“ betont, daß die Radikalen sich nicht an einer Mehrheit beteiligen. Sie saß nämlich durch die Rechte beherrscht worden sei.

„La République“ vertritt wie „Les Nouvelles“ die Ansicht, daß der Rücktritt des Kabinetts erfolgt sei, um Bilanz von seinem Posten zu ziehen.

Einige Blätter, wie der sozialistische „Populaire“ und das radikale „Deuxième“ lassen durchblicken, daß der Präsident der Republik an der Bildung einer auf breiter Grundlage geschaffenen Konzentrationregierung festhalten könnte.

mit den weniger wichtigen Angelegenheiten beginnen, während die heftigsten Gegenstände wie die Todesstrafe und die Verbrechen wider das kaiserliche Leben erst später erledigt werden sollen.

Wichtige Vorlagen in der nächsten Reichsversammlung.

Berlin, 12. Januar.

Der Reichstag ist zu seiner nächsten Plenarsitzung für Donnerstag den 14. Januar in das Reichstagsgebäude einzuberufen worden. Von den Vorlagen, die dem Reichstag inzwischen von der Reichsregierung überreicht wurden, seien erwähnt der Bericht des Rechnungshofes des Deutschen Reiches über die Prüfung der Verwaltung der Reichsmonopolverwaltung für Branntwein.

die auf den 1. Januar 1932 folgenden Steuererlässe für in- und ausländische Wertpapiere, der Gesetzentwurf über das zwischen Deutschland, Frankreich, Großbritannien und Norwegen, Italien, Japan und den Niederlanden geschlossene Abkommen über die Unterhaltung von Leuchtfeuern im Roten Meer, der Entwurf der Durchführungsbestimmungen für die Abfertigung zur landwirtschaftlichen Einheitssteuer.

Bereits auf der Tagesordnung dieser nächsten Reichsversammlung stehen die Ernennung von Mitgliedern des Reichsjustizministeriums in Leipzig sowie des Reichsjustizministeriums Berlin II, Dortmund, Frankfurt a. M., Frankfurt a. D., Karlsruhe, Leipzig, Schwerin, Stuttgart, Trier und Zweibrücken, sowie der mündliche Bericht des Ausschusses über den Gesetzentwurf wegen der Erleichterungen im Eisenbahnbetrieb zwischen Österreich und dritten Staaten, Polen und Dänemark, ferner die Verordnung über die Rechtsverhältnisse und Unterhaltungsansprüche arbeitsloser landwirtschaftlicher Erntearbeiter, der Gesetzentwurf über den Vertrag zwischen dem Deutschen Reich und der Republik Österreich über Regelung der Anschließ- und Übergangsverhältnisse im Eisenbahnbetrieb, der Gesetzentwurf zum Schutz von Geschäfts- und Betriebsgeheimnissen usw.

Rechtsbegünstigung im deutsch-schweizerischen Warenverkehr.

Berlin, 12. Januar.

Nachdem die schweizerische Regierung den deutsch-schweizerischen Handelsvertrag genehmigt hat, sollen ab 1. Februar neben den übrigen Bestimmungen des Handelsvertrages insbesondere die mit der Schweiz vereinbarten Zolltarifbestimmungen und Zollbindungen fest. In Besprechungen zwischen der deutschen und der schweizerischen Regierung ist jedoch festgestellt worden, daß beide Teile sich für die Zeit nach dem 1. Februar mehrbegünstigt behandeln wollen.

Die Steuererklärungen für 1931.

Berlin, 12. Januar.

Der Reichsfinanzminister hat als Friß für die allgemeine Abgabe der Steuererklärungen zur Einkommensteuer, Körperschaftsteuer und Umsatzsteuer bei der Beratung für die 1931 endenden Steuerabschnitte die Zeit vom 15. bis 29. Februar 1932 bestimmt.

Das Vierpfennigstück in Sicht.

Berlin, 12. Januar.

Das Reichsfinanzministerium hat den Blättern zufolge den Auftrag zur Herstellung der neuen Vierpfennigstücke, die bestimmt in einem Betrag von 2 Mill. RM. zur Ausgabe gelangen sollen, an die sechs staatlichen Münzen Berlin, München, Hamburg, Karlsruhe, Stuttgart und Weidenhütten (Sachsen) bereits erteilt.

Von dem Gesamtantrag (50 Millionen Stück) entfällt mehr als die Hälfte, nämlich 54 Proz., auf die Berliner Münze, die auch schon mit den Vorbereitungen begonnen und eine Probeformen hergestellt worden hat. Zur Herstellung der erforderlichen Münzplatten werden auch Privatfirmen herangezogen. Die neue Münze, die voraussichtlich bereits Anfang Februar in den Verkehr kommen wird und deren Entwurf von dem Graphiker Tobias Schwarz stammt, wird aus

Robert Stiel 1.

Wir werden bereits das Abbild des Dresdner Malers Robert Stiel. Es kam nicht überraschend denn Stiel war seit langem ein schwerkranker Mann, aber dennoch unermüdet, weil er noch immer im Dienste der Kunst, als Lehrer wie als Schaffender, stand. Er lebte seit Jahren in dem Tüchtigen Kaumbot in der Schiffschen Schweiz. Dort ist er auch, am vergangenen Sonntag, gestorben.

Mit Robert Stiel verliert die Dresdner Kunst und mit ihr die deutsche einen der letzten großen Meister der impressionistischen Malerei. Geboren am 25. Juni 1867 in Großdubitz bei Niederlesitz, besuchte er die damalige Königl. Akademie der bildenden Künste in Dresden, und er genoss hier noch den Unterricht von Ferdinand Pauzsch. Das war in jener Zeit in den achtziger Jahren des vorigen Jahrhunderts, in der die Malerei dem ersten schicksalhaften Versuch wagte, aus dem Realistischen den Weg in die freie Natur zu finden.

Das von den Malern, die von Pauzsch geführt, im Jahre 1893 die „Dresdner Sezession“ gründeten, ist Robert Stiel am konsequentesten dem impressionistischen Ideal treu geblieben. Er fand von allem Anfang an seinen Schöpfer im Impressionismus, der die Kunst nicht nur als Handwerk, sondern als Lebensgestaltung, mit der farbigen Gestaltung, und demnach nur er nicht nur Maler des Bildes, nicht nur Schöpfer der Hauptwerke, sondern das Licht wurde, von jeder Hand zum Leben gebracht, zu einem Dichter, zu einem tiefen

farbigen Reichtum, der voller Schönheit und Glanz und Poesie war. Und diese Schönheit fand ihren Ausdruck einerseits in Schilderungen, die den Menschen in der Verbindung mit der Landschaft zeigen, in jenen grandiosen Steinbrecher- und Lastwagenbildern, die trotz ihrer Naturnähe die volle Wirkung des Monumentalen besitzen, und andererseits in Porträts, die bei aller unmittelbarer Erfassung des Lebens voller tiefer innerer Befragung sind. Die schiffische Gemäldegalerie besitzt von den Werken der ersten Art die „Steinbrecher“ vom Jahre 1924, die „Steinbauarbeiter“ vom Jahre 1925 und die „Kathedralenlastträger“ vom Jahre 1926, von Bildnissen das Porträt Ernst v. Schuch und das „Petrusquartett“ vom Jahre 1907.

Die Kunst der Malerei hat mit Robert Stiel nicht nur einen Meister von hohem Rang, einen wirklichen Meister der Farbe, sondern auch einen ausgezeichneten Lehrer verloren, der manchem Jüngeren die Wege zum Erfolg gelehrt hat. Er freute sich am Aufstieg junger Talente, weil er eine grundgütige Natur war, immer bestrahlt des Kunst zu dienen. Es war Lehrer an unserer Akademie der bildenden Künste schon seit dem Jahre 1904; im Jahre 1915 erhielt er, als Nachfolger von Carl Schuch, den Titel Professor, dem er trotz seines schweren Nervenleidens bis in die jüngste Zeit sein reiches Können und seinen unermüdeten Schaffenswillen gewidmet hat. Nun ist er dahin, die eine Welt von Schönheit und Glanz geschaffen hat; aber sein Werk, das mit Meisterleistungen begann und mit Meisterleistungen endete, wird bestehen und unvergänglich sein!

Liedwanda Juggan. Das letzte der (vier) Meisterkonzerte der Firma Nied beendete die vielseitige Sopranistin Marie Juggan. Der etwas unruhigere Abend zeigte sich bei uns auf Aufführung und errang in der Tat (wie im Allgemeinen) glänzende Erfolge. Trotz der einmütigen Empfehlung durch die Presse kam eine gewisse Beschränkung nicht zustande, und

die Mäucher dürfen sich glücklich schätzen, dieses frische, heizwarme Talent zu gewinnen. Von dort ging die Künstlerin an die schiffische Oper in Berlin, wo sie zu den beliebtesten Gesangssternen der Reichshauptstadt zählt. Das gestrige Programm war zunächst nicht günstig für die Gegenwart der Meisterin. Die beiden Arien von Mozart („Schaupieldirektor“) und Pergolesi blieben bloß, auch bei Schubert zeigte erst das bekannte „Majestät“ fastere Impulse. Mit der vollständigen Arie des Niederländers („Im Berg“) ujm. betrat Marie Juggan ihr eigenes Gebiet, und mit den weiteren Sätzchen dieser Gattung zeigte sie in Tongebung und Wortbehandlung (oberdeutsche Mundart) auf der ganzen Linie. Die Arie von Teubel zeigte nicht in diesen Rahmen, sie wirkte auch — ohne die farbige Szene — blutlos und fälschlich-leinmal. Anders das spanische Lulliedchen von Teubel „Mädchen von Gaber“, das denn auch hübsch zur Wiederholung geeignet wurde. Hans Pflügers „Gretel“ wurde als Zugabe eingeführt. Es gibt noch viele ähnliche Dinge, die der Sängerin besser liegen als der Festungsinnen-Malerin und die „Schiffswiese“ von Johann Strauß. Der feingefühlteste Volkslied-Vortrag ist ihre Domäne, und das nächste Mal (hoffentlich recht bald!) möge und Marie Juggan ein reines Volkslied-Programm mitbringen. Hier sind „Die flackernde Wirtin ihrer Kraft“ und „Wische! Kausche!“ nicht zu überlassen am Rande mit der gleichen Anpassungskraft betreten, wie es gestern bei den verschiedenen Entwürfen fest im Gedächtnis lag. Die sehr politische Händelarbeit im Gewandhaus wurde besonders an den Höhepunkten des Abend beider Künstlerinnen anerkennend empfunden.

Das der unruhigen Elemente der Engländer, Prof. Dr. Gitzmair sprach gestern in der schiffischen Gesellschaft über die englische Literatur der Gegenwart. Trotz ihrem unvollständigen Wissen kann sie ihre Verbindung mit dem literarischen Weltalter nicht vermissen. Die Geschichte der

Engländer machen sich schon in den Werken der heutigen Veteranen Galsworthy und Shaw bemerkbar. Besonders waren es John und Strindberg, die eine beständige Wirkung auf die englischen Dramatiker ausübten. Die Darstellung des wirklichen Lebens wurde zum Ziel des Dramas und auch des Romans, der den breiten Raum in der modernen englischen Literatur einnimmt. Die soziale Vertiefung hat den Schicksalsdrama erweitert. Der Krieg brachte eine Welle der Kritik. Stets und auch Darstellung von noch nicht Dagewesenen beherrschte viele Autoren. Freud's Psychoanalyse beschäftigt die Geistes in härteren Maße als in Deutschland. Ein Herausgeber von allem und jedem macht sich bemerkbar. So zeigt die Romane von D. H. Lawrence eine ungeheure Vertiefung. Sein Erfolg wird durch die Bildnisse und Lebensbilder, die man als Smart Book bezeichnet, bestätigt. Man entdeckt schrittweise die Geheimnisse des Körpers und des Geistes. Von diesem Geistes werden die Gesellschaftskritiker von Pinero, Hardy und Joyce getragen. Der wissenschaftliche Modernismus findet seinen Ausdruck bei Huxley und Virginia Woolf. Eine neue Welt scheint sich anzubahnen. Lytton Strachey, Alan Jugs, Gilbert Chesterton kündigen sie an. Das Gegenpol gegen die Wirklichkeitsmaler ist James Barrie, der Dichter des romantischen Wunderlandes, zu nennen. Gegen die überreifen Formen wird Sturm gelassen. Exotismus blüht die englische Literatur erblühen. Die Arie von Dost und Majestät behielten trotz der Moderne ihre Beliebtheit. Akademie der Schöpfer des modernen Entwicklungskontext, Wolpele und Prinzipien haben lassen überhast. Ihre Erfolge gingen auch die Unterhaltungsliteratur zur Behandlung moderner Probleme. C. Toyals Altersschichten führen in die psychische Welt. Derris, Stunden, Gedacht schreiben postende Anlegungsman. Die Frauen sind an der neuen Entwicklung fest beteiligt. — Dr. Maxton Derris, die Lehrerin an der schiffischen Hochschule, gab Proben aus einigen letzten Prof. Gitzmair







